Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 27. **Freitag** den 27. Januar 1882. **76. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem wir die von der hiesigen Immobiliengesellschaft erbaute Brücke über den Pleißenmühlgraben unterhalb der Barfußmühle in das Eigenthum und in die Unterhaltung der Stadtgemeinde übernommen haben, bringen wir dieses mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß wir der Brücke die Bezeichnung

„Promenadenbrücke"

gegeben haben.

Leipzig, am 25. Januar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilisch, Ass.

Bekanntmachung.

Unter dem heutigen Tage ist
Herr **Oscar Bruno Winkler**
als städtischer Vollstreckungshilfsbeamter bis auf Weiteres eingestellt und in Pflicht genommen worden.

Leipzig, am 20. Januar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Renker.

Holz-Auction.

Mittwoch, den **1. Februar** d. J. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz, Abtheilung 29 und 31

ca. 170 starke, harte Abraumhaufen

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Connewitzer Linie, unterhalb der schwarzen Brücke.

Leipzig, den 19. Januar 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Erledigt hat sich die am 17. hujus erlassene Aufforderung, den Schneider **Heinrich Gustav Dietrich** betreffend, durch dessen Gestellung.

Leipzig, den 20. Januar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Dolge.

Realschule II. Ordnung.

(Nordstraße 21.)

Die Anmeldung neuer Schüler für Ostern erbitte ich mir Dienstag, den 31. Januar, und **Mittwoch**, den 1. Februar, **Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5 Uhr. Ein Schulzeugniß** (Michaeliscensur), das Taufzeugniß (**der Geburtsschein**) und der Impfschein sind vorzulegen.

Die **Aufnahmeprüfung** findet statt **Mittwoch, den 22. Februar**, früh 8 Uhr. Papier und Feder sind mitzubringen.

Dr. Pfalz.

Fünfte Bezirksschule.

Die Anmeldungen für diese Schule finden in der **zweiten Bezirksschule** statt. Director Dr. **Griesmann.**

Kirche zu Lindenau.

Submission.

Für den Neubau der Kirche zu **Lindenau** sollen die Erd- und Maurerarbeiten, sowie die Steinmetzarbeiten incl. allen Materials, **veranschlagt zu ℳ 90,893.90**, an einen Unternehmer vergeben werden.

Zeichnungen und Bedingungen können in dem Bureau der Bauleitung (Architekten **Hartel** und **Lipsius**, **Weststraße 44**) eingesehen werden.

Die Bedingungen nebst Anschlagsauszügen können ebendaselbst gegen Zahlung von 2 ℳ in Empfang genommen werden.

Die Offerten sind versiegelt bis **spätestens den 16. Februar, Mittags 12 Uhr**, unter der Adresse des **Kirchenvorstandes** auf dem Gemeindeamt abzugeben, und werden dieselben durch die Baudeputation des Kirchenvorstandes eröffnet.

Lindenau, den 25. Januar 1882.

Der Kirchenvorstand.
Dr. Schütz, Pfarrer.

Nichtamtlicher Theil.

Die Beamtenfrage im Reichstage.

Die letzten beiden Verhandlungstage des **Reichstages** haben klärend gewirkt. Die Verpflichtung der Beamten auf Unterstützung der Regierungspolitik und auf thatsächliches Eintreten zu Gunsten regierungsfreundlicher Wahlen erscheint nach den Darlegungen des Reichskanzlers und den weiteren Ausführungen des Ministers von Puttkamer doch in einem erheblich milderen Lichte, als es nach den Erklärungen des letztgenannten Ministers in der Sitzung vom 15. December und nach der allgemeinen Interpretation des Erlasses vom 4. Januar den Anschein hatte.

Die sehr erhebliche Abschwächung der an die Beamten gestellten politischen Anforderungen ist ein werthvolles Ergebniß der zweitägigen Verhandlung über den Erlaß; und schon aus diesem Grunde müssen wir zufrieden sein, daß diese feierliche Kundgebung im Reichstag zur Sprache gekommen ist. Herr v. Puttkamer hat sich selbst, wenn nicht verleugnet, so doch sehr wesentlich verbessert. Wir wollen nur hoffen, daß diejenigen preußischen Beamten, die sich den Erlaß und die ersten Aeußerungen des Ministers sorgsam eingeprägt haben, sich jetzt auch die maßgebende Interpretation seitens des Reichskanzlers und die letzten Erklärungen des Ministers des Innern zu Herzen nehmen, damit sie nicht im Uebereifer Dinge thun, die gar nicht von ihnen verlangt werden. Diese Besorgniß ist gewiß nicht ungerechtfertigt; denn die im Reichstag gesprochenen Worte verhallen rasch; der Erlaß aber wird ein dauerndes Denkmal bleiben, und daß er zu Mißdeutungen Anlaß geben konnte und mußte, werden selbst der Reichskanzler und Herr von Puttkamer nicht in Abrede stellen wollen.

Wenn sonach die an den politischen Gehorsam der Beamten zu stellenden Anforderungen auf ein Maß herabgesetzt wurden, gegen das auch von liberaler Seite erhebliche Einwendungen nicht mehr gemacht werden können, wenn ferner über die rechtliche Stellung des Königthums im constitutionellen Staat ein Streit und eine Meinungsverschiedenheit kaum bestand, so kann man nur immer wieder die Frage erheben: Wozu war es überhaupt nöthig und durch welche Ereignisse oder Erscheinungen war es geboten, dieses ganze Thema in so feierlicher Weise anzuregen und den Schein zu erwecken, als ob bei uns in Deutschland die monarchische Staatsform bedroht und gefährdet und die Disciplin der Beamten in bedenklichster Weise erschüttert sei? Auf diese Frage haben wir in den zweitägigen Verhandlungen von keiner Seite eine befriedigende Antwort vernommen.

Ueber die Debatten wird uns noch aus **Berlin** geschrieben: Das Ergebniß der zweitägigen Reichstagsdebatte über den Allerhöchsten Erlaß ist von jedem Gesichtspunct als ein erfreuliches zu bezeichnen; nicht blos deshalb, weil Fürst Bismarck betonte, zu einem Conflicte werde er nicht die Hand bieten, „auch wenn die Liberalen ihn wollten", sondern vorzugsweise deshalb, weil die Linke durch ihre Mäßigung und wahrhaft einsichtsvolle politische Gesammthaltung bewies, daß sie ihrerseits weit entfernt von der Provocation eines Conflicts sei. Die liberalen Parteien haben ihre Regierungsfähigkeit unter vollster Aufrechterhaltung der altpreußischen Traditionen, die sich an den Namen der Hohenzollern knüpfen, klar dargelegt; das ist die Quintessenz der Debatte. Sie haben den Beweis dafür erbracht, daß sie das System des parlamentarischen Schaukelspiels anderer Länder, bei welchem der Monarch nichts ist als (nach Hegel's Ausdruck) „das Tüpfelchen auf dem I", weder für Deutschland für möglich halten noch überhaupt billigen, und daß sie die historisch gewachsenen Grundlagen des preußisch-deutschen Staatswesens nicht verschieben wollen. Wenn von conservativer Seite darauf provocirt worden ist, daß die Liberalen die Vorrechte der Krone einschränken möchten, so sind diese Anzapfungen wirkungslos geblieben; und wenn die Rede des Herrn v. Bennigsen sich in ihrer Vornehmheit, Bestimmtheit und Klarheit als der Mittelpunct der Debatte darstellte, so müssen selbst die Mitglieder der Rechten zugeben, daß die Ausführungen der Redner der Fortschritts- und derjenigen der secessionistischen Partei genau in denselben Grenzen der Ehrfurcht vor den Kronrechten sich hielten, wie es der nationalliberale Führer that. Niemand wird die tiefgreifenden Unterschiede leugnen wollen, die zwischen den einzelnen Fractionen der Linken noch immer bestehen, aber festgestellt ist durch diese Reichstagsdebatten, daß sie alle auf dem gemeinsamen Boden einer Anschauung fußen, für welche die Unantastbarkeit des monarchischen Machtumfangs den Werth eines unbestreitbaren politischen Satzes hat, der nicht erst des Beweises bedarf. Die Liberalen haben die Kunst geduldigen, besonnenen Wartens in langen Jahrzehnten üben gelernt; sie werden, wenn in besseren Zeiten der Ruf zu thatkräftigem Handeln auf einer größeren als der bisherigen Bühne an sie ergeht, zeigen können, daß sie des Vertrauens werth sind.

Leipzig, 27. Januar 1882.

Es ist aufgefallen, daß der als Bundescommissar angemeldete preußische Minister von Puttkamer am Dienstag, als über den Vertagungsantrag abgestimmt wurde, eiligst vom Bundesrathstisch herniederstieg und an der Abstimmung theilnahm. Die Verfassung bestimmt, daß Mitglieder des Bundesraths nicht zugleich Mitglieder des Reichstages sein dürfen. Der Geist des Gesetzes ist offenbar, daß die Volksvertretung selbstständig und von der Regierung unabhängig sein soll; wenn die Regierung selbst an der Abstimmung sich betheiligt, so erhält sie nicht mehr die ungetrübten Gutachten der ihr gegenübergestellten Volksvertretung. Wenn nun auch nicht dem Wortlaut der Verfassung, so widerstreitet doch unbedingt der Absicht des Gesetzgebers die Vereinung eines Mannes im ersten Augenblicke als Bundescommissar, im nächsten als Abgeordneter. Es giebt Staatsrechtslehrer, welche dieses Verhältniß für absolut unzulässig halten. Jedenfalls muß dieser Mißstand offen besprochen werden; vielleicht daß die preußische Regierung dann einmal zu der Ueberzeugung kommt, daß es besser sei, einen so oft verwendeten Mann wie Herrn von Puttkamer auch formell in den Bundesrath als Mitglied zu senden und seine Stelle durch ein anderes Mitglied der conservativen Partei zu ersetzen. In der Mittwoch-Sitzung hat Herr von Puttkamer dieses System der Doppelstellung bereits dahin erweitert, als Abgeordneter eine persönliche Bemerkung zur Abwehr von Angriffen zu machen, die gegen ihn als Bundescommissar gerichtet waren. Das dürfte denn doch eine Eigenthümlichkeit sein, wie sie auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist.

Fürst Bismarck scheint gegen den Reichstag einen unversöhnlichen Groll zu hegen. In seiner Rede ist die Stelle nach der Unterbrechung durch die Fortschrittspartei dem Stenogramm nach folgendermaßen wieder zu geben:

Meine Herren, was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht. Ich habe in früheren Zeiten meinen Dienst gern und mit Passion gethan und mit Hoffnungen gethan; die Hoffnungen haben sich zum Theil nicht verwirklicht. Ich war damals gesund, ich bin jetzt krank; ich war jung, ich bin jetzt alt — und was hält mich hier? Ist es denn ein Vergnügen, hier zu stehen wie der „Auf" (Uhu) vor der Krähenhütte, nach dem die Vögel stoßen und hacken und der außer Stande ist, sich frei zu wehren, sich ganz gegen persönliche Injurien und Verhöhnungen auszuziehen, die in wohlvorcalculirten, zweistündigen Reden eingeflochten sind, gegen unparlamentarische Unterbrechungen sich zu vertheidigen? Ein Vergnügen ist Das wahrhaftig nicht. Wenn ich im Dienste des Königs nicht wäre, und wenn mich der König heute in Gnaden entlassen würde, so würde ich von Ihnen, meine Herren, mit Vergnügen und auf Nimmerwiedersehen Abschied nehmen.

Die **Reichstagsbaucommission** hat sich über die Frage der Concurrenz schlüssig gemacht. Es wurde beschlossen, eine allgemeine Concurrenz für den Neubau des Parlamentshauses auszuschreiben, doch sollen an dieser nur deutsche und deutsch-österreichische Künstler theilnehmen; ausländische Künstler sind ausgeschlossen. Ganz besondere Einladung werden zu dieser Concurrenz erhalten die vier Architekten, welche bei der letzten Concurrenz die ersten Preise erhalten haben, nämlich Bohnstedt zu Gotha, Kayser und von Großheim, Ende und Böckmann in Berlin, Mylius und Bluntschli in Frankfurt (der Engländer Scott ist inzwischen verstorben). Ferner beschloß die Commission, außer den größeren Preisen eine Anzahl von Minimalpreisen auszuschreiben, um junge talentvolle Künstler zu veranlassen, an der Concurrenz sich zu betheiligen. Die Subcommission erstattete Bericht über die inneren Räumlichkeiten des neuen Parlamentshauses; die Journalistentribüne hat eine Vermehrung von 20 Sitzen erfahren. Die Commission wird noch eine Sitzung abhalten.

Ein **Wahlcuriosum** wird in dem Bericht der Wahlprüfungscommission über die Wahl des Abg. **Rickert-Ulm** constatirt. Die Stadt Geislingen war in zwei Wahlbezirke eingetheilt, deren einer die Wähler mit Namen von A — K, der zweite von L — Z umfaßte. Das Wahlgesetz bestimmt aber, daß mit Ausschluß der Enclaven die Wahlkreise sowie die Wahlbezirke räumlich abgegrenzt und thunlichst abgerundet sein müssen. Der Bericht bemerkt dazu: diese Bestimmung steht offenbar der in Geislingen beliebten Eintheilung schnurstracks entgegen, da sich nicht annehmen läßt, daß die dortigen Einwohner alphabetisch geordnet wohnen. Infolge dieser Unregelmäßigkeit und verschiedener amtlicher Wahlbeeinflussungen beantragt die Commission die Beanstandung der Wahl des Abg. Rickert.

Man schreibt uns aus **Kassel**, 25. Januar: „Der Bischof von **Fulda**, Herr Dr. **Georg Kopp**, traf gestern Abend dahier ein und stattete heute Vormittag mehreren hochgestellten Personen, so den Herren Oberpräsident Graf Eulenburg, Regierungspräsident v. Brauchitsch &c., einen Besuch ab. Man bringt die Reise des Herrn Bischofs mit der bevorstehenden Neubesetzung des Fuldaer Domcapitels in Verbindung, bezüglich welcher, wie früher schon des Näheren mitgetheilt, neuerdings eine Candidatenliste aufgestellt worden ist. Herr Kopp erachtet die Herstellung einer geordneten Diöcesanverwaltung, wie sie bei der Errichtung der oberrheinischen Kirchenprovinz vorgeschrieben worden ist, für eine Conditio sine qua non zur Herbeiführung eines modus vivendi mit dem Staate. Heute Mittag 3 Uhr reiste der Bischof, von dem Herrn Dechanten und Stadtpfarrer Müller nach dem Bahnhofe geleitet, direct nach Fulda zurück. Großes Aufsehen hat eine neuliche Correspondenz der „Berl. Börsenzeitung" aus Fulda, die Neubesetzung des Domcapitels betreffend, gerade in unserer hessischen Bischofsstadt gemacht. Das betreffende Blatt ging unter dem Klerus von Hand zu Hand, und allgemeine Zustimmung fand das dort über zwei Diöcesanpriester Gesagte, welche, verschwindende Ausnahmen abgerechnet, weder von der Geistlichkeit noch von der Laienwelt als Domcapitulare gewünscht werden, die indessen trotzdem Alles aufbieten, diese einflußreichen Stellen zu erhalten. Wäre es denkbar, daß die Staatsregierung die gekennzeichneten, dem Jesuitenorden sehr nahe stehenden Priester als Capitulare bestätigen könnte, so würde sie damit für Fulda ein Kirchenregiment besiegeln, wie es rigoroser, staatsfeindlicher und intoleranter dort seit einem Säculum nicht bestanden hat. Uebrigens muß darauf hingewiesen werden, daß die Partei der „Unversöhnlichen" unter dem Fuldaer Klerus mit allen Mitteln die Herrschaft über den neuen Bischof zu erhalten sucht. Daran: Videant consules!"

Am Sonnabend findet eine Sitzung des **preußischen Herrenhauses** statt. Die Commission des letzteren zur Berathung des Wittwenpensionsgesetzes bezüglich der Vorfrage, ob wegen der finanziellen Seite des Gesetzes das Herrenhaus vor dem Abgeordnetenhause mit demselben befaßt werden könne, hat nach dreistündiger Sitzung beschlossen, in die Berathung der Materie einzutreten und damit das vom Grafen Lippe angeregte Bedenken zurückgewiesen. Nachdem der Präsident des Herrenhauses ein Baubedürfniß für das Letztere bestritten, wird es sich fragen, ob auf den Neubau eines **Landtagshauses** verzichtet oder ein Bauplatz nur für das Abgeordnetenhaus auf dem verfügbaren Terrain hinter dem Herrenhause erstehen soll. In den bezüglichen Verhandlungen hat man zurückgegriffen auf die Denkschrift, betreffend die Instandsetzung der Geschäftsgebäude des Hauses der Abgeordneten und ihrer inneren Einrichtung, von dem damaligen Gesammtvorstand des Abgeordnetenhauses, datirt vom 21. October 1872.

Ueber die **Stellung des Centrums zu der Kirchenvorlage** hört man so viel, daß diese Partei zu dem Versuche entschlossen ist, die Vorlage in ihrem Sinne zu amendiren. Angeblich sind die Verbesserungsvorschläge des Centrums bereits formulirt. An eine Ablehnung der Vorlage seitens des Centrums, selbst wenn erhebliche Veränderungen nicht mehr vorgenommen würden, will in Abgeordnetenkreisen Niemand glauben, trotz aller Proteste gegen discretionaire Vollmachten.

Das preußische Kriegsministerium bringt im neuesten „Armee-Verordnungs-Blatt" nachfolgende **Allerhöchste Cabinetsordre**, betreffend die Errichtung der Stelle eines **General-Quartiermeisters** bei dem Generalstabe der Armee, zur Kenntniß der Armee.

Ich bestimme hierdurch Nachstehendes: Es soll bei dem Generalstabe der Armee künftig auch im Frieden ein General-Quartiermeister in Function treten, welcher den Abtheilungschef des Großen Generalstabes und des Neben-Etats desselben, sowie den Chefs des Generalstabes bei den Armeecorps und bei der Generalinspection der Artillerie gegenüber, jederzeit im Vorgesetzten-Verhältniß stehend, in allen Generalstabs-Angelegenheiten der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes der Armee nach dessen specieller Anordnung ist. — Der zu ernennende General führt den Diensttitel „General-Quartiermeister", bezieht aber sein Gehalt aus dem Etatstitel für die Officiere in besonderen Dienststellungen. An den Chef des Generalstabes der Armee habe Ich demgemäß verfügt und ihm überlassen, hiernach die näheren Anordnungen zu treffen. Die weitere Bekanntmachung an die Armee, sowie das sonst noch Erforderliche haben Sie zu veranlassen. Dem Reichskanzler habe Ich Abschrift dieser Meiner Ordre zur Kenntniß zugehen lassen.

Berlin, den 27. December 1881.

Wilhelm.
v. **Kameke.**

Wie die „**M. Z.**" meldet, wird der Landrath Herr v. **Bennigsen-Förder** aus seinem bisherigen Wirkungskreise allerdings entfernt, jedoch — um als Hülfsarbeiter an das Polizeipräsidium in **Posen** versetzt zu werden. Uebrigens hat, wie weiter in Reichstagskreisen verlautet, die Regierung in Schleswig die an sie gestellte Vorfrage, ob in Sachen des **Berling** gegen v. Bennigsen-Förder der Competenzconflict zu erheben sei, verneint. Demnach würde der zweite Proceß zwischen beiden Herren am Schöffengericht in Ratzeburg zum Austrag kommen.

Kurz und bündig meldet ein Telegramm aus **Wien**: „Bürgermeister Dr. **Newald** hat seine Entlassung genommen." Erst der Polizeipräsident, nun der Bürgermeister; wird der Ringtheaterbrand noch mehr Opfer fordern? Gewiß, wenn auch Dr. Newald im juristischen Sinne keine Schuld trifft, moralisch ist er für die verhängnißvollen Versäumnisse mit verantwortlich zu machen. Als ihn aber der Gemeinderath mit großer Majorität zum Bürgermeister wählte, war es ja hinlänglich bekannt, daß er zwar ein Mann von Wissen und Erfahrung auf dem communalen Gebiete und vom besten Willen beseelt war, daß es ihm aber an Initiative und Thatkraft gebrach. Nun erheben sich Stimmen in der Wiener Presse, welche behaupten, auch der Gemeinderath sei mitschuldig und müsse aufgelöst werden, zumal bei der gegenwärtigen Parteiung doch keine ersprießliche Bürgermeisterwahl zu erwarten steht.

Aus Brünn wird vom 24. d. telegraphisch gemeldet: „Die Staatspolizei hat hier einen **socialdemokratischen Geheimbund** entdeckt. Ein gewisser **Dundela**, Redacteur zweier Arbeiterblätter, und ein Weib, Namens **Benedikt**, das eine von Socialisten besuchte Schänke hielt, sind verhaftet worden. In der Schänke fand die Polizei eine große Zahl socialdemokratischer Brandschriften in deutscher und czechischer Sprache. Mehrere verdächtige Arbeiter haben sich geflüchtet."

Die **Wiener** „Neue Freie Presse" richtet eine überaus ernste Mahnung an die österreichische Regierung. Sie sagt, die **Insurrection** in der **Crivoscie** und in den **occupirten** Gebieten sei in ernster Gestalt an die Bevölkerung herangetreten. Mit der Einberufung der Reservisten zu den im Süden befindlichen Truppenkörpern greife das „Bischen Crivoscie und Herzegowina" in höchst empfindlicher Weise in das Volksleben ein, und die Folgen der verhängnißvollen Occupations-Politik würden nun auch denjenigen vor die Augen gerückt, welche Jahre hindurch andere Argumente vornehm bespöttelt haben. Indessen stünde man vor vollzogenen Thatsachen, und das Ansehen wie die Ehre der Monarchie forderten, daß der Aufstand mit aller Energie niedergeworfen und der Autorität des Gesetzes, so weit sich die Herrschaft der Monarchie erstreckt, Geltung und Gehorsam verschafft werde. Allein andererseits erwüchse der Bevölkerung, welche abermals schwere Opfer an Gut und Blut bringen soll, das Recht, eine umfassende, offene und wahrheitsgetreue Darstellung der Lage in den insurgirten Gebieten zu vernehmen, in der nichts beschönigt und nichts verschwiegen werden darf. Auch die ausländische, besonders die deutsche Presse, widme den Vorgängen im Südosten der Monarchie große Aufmerksamkeit, wenn sie auch in ihren Ausführungen zumeist zu dem Schlusse gelange, daß an ein neuerliches Aufrollen der **orientalischen Frage** gegenwärtig nicht gedacht werden kann. Es verdiene jedoch verzeichnet zu werden, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gerade jetzt darauf aufmerksam mache, daß es noch keineswegs erwiesen sei, ob nicht der übereinstimmende Wille der drei Kaiserreiche, ganz besonders aber die stets nach **Bosnien** ausblickende Politik Oesterreich-Ungarns mehr zur Entwickelung der Folgen des 1875er Aufstandes in der Herzegowina beigetragen habe, als der Freiheitsdrang der Bevölkerung der Balkan-Halbinsel und die Schwäche der Pforte.

Unser **Wiener Berichterstatter** schreibt uns vom 25. d.: „Es ist hier in gewissen Kreisen keineswegs unbemerkt geblieben, daß die hiesigen Journale, zumal die der Regierung nahestehenden, über die **Gründe** der **Berufung** des **Grafen Beust** nach **Wien**, wo er nun schon mehr als zwei Wochen verweilt, keinerlei Mittheilungen gebracht haben. Nur in der „N. Fr. Presse" befand sich vor einigen Tagen eine kurze Notiz, nach der die Stellung des Grafen Beust als österreichischer Botschafter in Paris dergestalt erschüttert sei, daß er kaum mehr dauernd auf seinen Posten zurückkehren dürfte. Genau dieselbe Nachricht habe ich Ihnen bekanntlich schon vor etwa **vier Wochen** mitgetheilt, als in der deutschen Presse von den sonderbaren Rathschlägen und Winken die Rede gewesen, die Graf Beust einem damals in Paris anwesenden Redacteur eines gewissen **Wiener Journals** gegeben, das zu seinem Fortbestande **französische Finanzkreise** zu Hilfe rief. Wenn es nun auch keineswegs ein Geheimniß, daß Graf Beust auch heute noch, wie 1870, ein **verbissener Gegner Deutschlands** ist, dem nach wie vor als politisches Ideal ein **französisch-österreichisches Bündniß** vorschwebt, so haben dennoch jene überaus unklugen Kundgebungen des österreichischen Botschafters in Paris in hiesigen maßgebenden Kreisen großen Unwillen erregt und seine Berufung nach Wien veranlaßt. Ich möchte den Ausdruck „**unklug**" besonders betonen, weil vielleicht gerade die „Unklugheit" des Herrn v. Beust, mehr als alles Uebrige, ihm die Unzufriedenheit in gewissen hiesigen Kreisen zugezogen haben dürfte. — Ich bin auch heute in der Lage, eine vor einigen Tagen durch die deutschen Blätter gegangene Notiz zu ergänzen, welche den „mexicanischen Oberst" Karl v. **Gagern**, geborener Preuße und seiner Zeit preußischer Officier, betrifft, der nach jener Mittheilung „schon einige Jahre in **Wien**" leben soll. Letzteres ist allerdings richtig, aber unerwähnt ist geblieben, daß jener Karl v. Gagern hier bei demselben **Wiener Blatte** (Wiener Allgem. Ztg.) als Mitredacteur angestellt ist, für das Herr v. Beust jüngst in **Paris** sich so warm interessirte. — Was indeß die in Aussicht gestellte Ernennung **Gagern's** zum Militair-Attaché bei der Ministerresidentschaft Mexicos in **Berlin** betrifft, so wird hier diese Nachricht für eitel Humbug gehalten."

Man schreibt uns weiter aus **Wien** vom 25. d.: „Von allen Seiten langen jetzt täglich allerlei Alarmnachrichten ein, die auf die Vorgänge in **Süddalmatien** und die **occupirten türkischen Provinzen** sich beziehen und die dortige Bewegung mit der Absicht, einen allgemeinen Aufstand in den slavischen Balkanländern hervorzurufen, in Verbindung bringen. Manche solche Nachrichten mögen im Hinblicke auf sensationslustige Zeitungscorrespondenten wohl mit Vorsicht aufzunehmen sein, aber Thatsache ist es immerhin, daß in verschiedenen Ländern sich allerlei revolutionaires Sturmgevögel zeigt, welches kaum Gutes ahnen läßt. So will eine von gestern datirte **Bukarester** Depesche wissen, daß man in der Hauptstadt sowie in anderen Städten Rumäniens förmliche **Werbebureaux** zur Errichtung **slavischer Freischaaren** organisirt hätte, welche im Frühling nach den Balkanländern abgehen sollen, um den dort schon seit längerer Zeit vorbereiteten Aufstand zu unterstützen. — **Aus Galatz** wird überdies gemeldet, daß auch in der rumänischen **Dobrudscha** die **slavische** Agitation sich zu regen beginne, welche die Trennung jenes Landstriches von Rumänien und den Anschluß an Serbien beabsichtige. Der russische Consul **Sarochin** in **Tultscha** soll angeblich jene Agitation in der **Dobrudscha** unterstützen. Ob dies richtig, bleibt